

■ Dass das Deutsche Reich während des Ersten Weltkriegs Russland zu unterminieren und auszuschalten suchte, indem es das Unabhängigkeitsstreben der Polen, Balten, Ukrainer und anderer Ethnien im Russischen Reich förderte, ist seit langem bekannt. Weniger bekannt ist dagegen, dass die deutsche Armee auch die Kriegsgefangenen aus der Zarenarmee in diesem Sinne beeinflussen und instrumentalisieren wollte. Auf der Grundlage unbekannter deutscher Quellen vermittelt die Autorin erstmals eine Vorstellung von der Dimension dieses Unternehmens, von seinen Erfolgen und Misserfolgen und schließlich auch von seinen Konsequenzen, die so ganz anders waren, als es sich die deutsche Seite erhofft hatte. ■

Oxana Nagornaja

## Des Kaisers Fünfte Kolonne?

Kriegsgefangene aus dem Zarenreich im Kalkül deutscher Kolonisationskonzepte (1914 bis 1922)

Die 1,5 Millionen Angehörigen der russischen Armee, die im Ersten Weltkrieg in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, waren ein Abbild der ethnischen und konfessionellen Vielfalt des Zarenreiches. In die deutschen Lager kamen neben den Russen mehr als 150 000 Ukrainer<sup>1</sup>, 50 000 „Tataren“ (Muslime)<sup>2</sup>, 30 000 Juden<sup>3</sup>, 25 000 Polen<sup>4</sup>, 16 000 Deutschrussen<sup>5</sup>, 10 000 Balten (Litauer, Letten, Esten)<sup>6</sup> und 3 000 Georgier<sup>7</sup>. Für die deutsche militärische Führung einer der wichtigsten

<sup>1</sup> Eine ungenaue Statistik bedingt die unterschiedlichen Angaben zur Zahl der kriegsgefangenen Ukrainer (zwischen 30 000 allein in Deutschland und 300 000 in den Kriegsgefangenenlagern der Mittelmächte). Vgl. Claus Remer, Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18, Frankfurt a. M. 1997, S. 261. – Für kritische Anregungen und sprachliche Betreuung des Aufsatzes bedanke ich mich herzlich bei Prof. Dr. Dietrich Beyrau, Dr. Jürgen Zarusky und Dr. Kerstin von Lingen.

<sup>2</sup> Als „Tataren“ wurden in Deutschland nicht nur ethnische Tataren, sondern auch Baschkiren und fast alle kaukasischen Völker bezeichnet. Die Zahl kriegsgefangener Muslime belief sich auf 30 000–50 000. Vgl. Wolfdieter Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil II: Die Zeit der versuchten kaukasischen Staatlichkeit 1917–1918, Wien 1992, S. 29.

<sup>3</sup> Diese Angaben beruhen auf Schätzungen jüdischer Organisationen in Deutschland während des Krieges. Vgl. Trude Maurer, „Sehr wichtig sind Bücher von der jüdischen Geschichte“. Zu den Lebensverhältnissen und Lektüreinteressen jüdischer Kriegsgefangener aus dem Russischen Reich (1917/18), in: Tel Aviver Jahrbuch für die deutsche Geschichte XX (1991), S. 264.

<sup>4</sup> Hauptstaatsarchiv Stuttgart (künftig: HStA Stuttgart), M 1/7, Bü 24, Kommandantur Ulm, 28. 1. 1917.

<sup>5</sup> Sächsisches Hauptstaatsarchiv (künftig: SächsHStA), 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 164, Preussisches Kriegsministerium (PKMIN), 26. 8. 1917.

<sup>6</sup> Ebenda, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 562, Kommandantur Lechfeld, Bestimmungen für die Arbeitgeber über die Aufklärung der baltischen Kriegsgefangenen.

<sup>7</sup> 1918 befanden sich in den deutschen Kriegsgefangenenlagern ungefähr 70 georgische Offiziere und 3000 Soldaten. Vgl. Wolfdieter Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil I:

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ansätze, um das russische Reich zu unterminieren und gleichzeitig die deutschen militärischen und ökonomischen Interessen „im Osten“ zu sichern.

Die privilegierte Behandlung und propagandistische Beeinflussung nationaler Minderheiten in den Kriegsgefangenenlagern war nicht nur Teil der deutschen Kriegführung. Auch Russland suchte etwa durch Agitation in den slawischen Gebieten und in seinen Kriegsgefangenenlagern die Donaumonarchie zu zersplittern und so auch seine panslawistischen Pläne zu realisieren. Die Mittelmächte wollten ihrerseits mit Hilfe der Stimulierung der nichtrussischen Nationalbewegungen und Gründung von Randstaaten ihren östlichen Nachbarn schwächen. Dabei ist es bemerkenswert, wie stark die deutsche Politik von kolonialen Einstellungen geprägt und wie eng die Kriegsgefangenenpolitik mit den deutschen Kolonisierungsprojekten in Osteuropa verbunden war.

Maßgeblich für die deutsche Strategie gegenüber Russland war das sogenannte „Orangen-Konzept“, dem zufolge das Zarenreich wie eine Orange in einzelne Stücke geteilt und so auf die Grenzen der vorpetrinischen Zeit zurückgeworfen werden sollte. Russland sollte von der deutschen Grenze so weit wie möglich abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden. Deutsche Industrielle plädierten für eine deutsche Kontrolle über das Baltikum, die Ukraine und den Kaukasus, um den deutschen Rohstoffbedarf für die Zukunft zu sichern. Nachdem das Deutsche Reich seit 1914 fast alle überseeischen Kolonien verloren hatte, suchte man Ersatz in Osteuropa. Begründet wurde dies mit der Vorstellung der kulturellen Minderwertigkeit der osteuropäischen Völker und einer deutschen Zivilisationsmission im Osten. Nicht wenige deutsche Soldaten, die an der Ostfront kämpften, verstanden die Besetzung der russischen Westprovinzen als eine Aufklärungs- und Europäisierungsmaßnahme<sup>8</sup>.

Die Kriegsgefangenenforschung zum Ersten Weltkrieg konzentrierte sich meist auf die russische Nationalitätenpolitik gegenüber den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen slawischer Herkunft<sup>9</sup>. Umgekehrt aber wurde die separatistische deutsche Propaganda bezüglich der nichtrussischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich in den Studien zwar oft angesprochen, als einheitliches Phä-

---

Ihre Basis in der Orient-Politik und ihre Aktionen 1914–1917, Wien 1975, S. 85, und Teil II, S. 31.

<sup>8</sup> Vgl. Aribert Reimann, *Der große Krieg der Sprachen. Untersuchungen zur historischen Semantik in Deutschland und England zur Zeit des Ersten Weltkrieges*, Essen 2000, S. 210–213; Manuel Köppen, *Im Kriegszustand mit dem Fremden. Barbarentum und Kulturkampf*, in: Alexander Honold/Oliver Simons (Hrsg.), *Kolonialismus als Kultur. Literatur, Medien, Wissenschaft in der deutschen Gründerzeit des Fremden*, Tübingen 2002, S. 273; Vėjas Gabriel Liulevicius, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 201.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Richard Georg Plaschka, *Avantgarde des Widerstands. Modellfälle militärischer Auflehnung im 19. und 20. Jahrhundert*, 2 Bde., Wien 2000; Reinhard Nachtigal, *Russland und seine österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen (1914–1918)*, Reimshalden 2003; Hannes Leidinger/Verena Moritz, *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr: die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920*, Wien 2003; Georg Wurzer, *Die Kriegsgefangenen der Mittelmächte in Russland im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2005.

nomen aber bis heute nicht wirklich analysiert<sup>10</sup>. Aufgrund der neuesten Studien von Vejas Gabriel Liulevicius (2002) und Monique Scheer, aber auch im Kontext des Konzepts der (post)colonial studies<sup>11</sup> erscheint die deutsche Politik im Osten allmählich in einer neuen analytischen Perspektive. Das betrifft auch das Kriegsgefangenenwesen. Daran schließt sich die These dieses Aufsatzes an: Die privilegierte Behandlung der nichtrussischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich war Teil des deutschen Kolonialprojektes in Osteuropa. Auf der Basis der dienstlichen Korrespondenz der deutschen Militärbehörden, von Lagerberichten und Ego-Dokumenten wird hier nach Erwartungen der deutschen Seite, nach den Motiven und Faktoren, welche die Agitation in den Lagern bestimmten, sowie nach den Reaktionen seitens der Kriegsgefangenen selbst gefragt.

### Vorstellungen, Konzepte und Propaganda

Als 1914 die ersten Kriegsgefangenen ins Reichsgebiet transportiert wurden, pilgerte die deutsche Bevölkerung in Massen zu den Lagern. Für die Zivilisten war die Besichtigung einer multiethnischen Ansammlung von Kriegsgefangenen ein spannendes Abenteuer. Die Neugier der Bevölkerung speiste sich wohl auch aus der Erfahrung der kolonialen Ausstellungen (sogenannter „Völkerschauen“), die im Wilhelminischen Kaiserreich sehr verbreitet und beliebt waren<sup>12</sup>, schienen sie doch als ein Beleg für den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht. Die Kriegs-

<sup>10</sup> Vgl. Reinhard Nachtigal, Kriegsgefangenschaft an der Ostfront 1914 bis 1918. Literaturbericht zu einem neuen Forschungsfeld, Frankfurt a. M. 2005, S. 32–42 u. S. 128; Karl Auerbach, Die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland (von August 1914 bis zum Beginn der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution), Diss., Potsdam 1973; Gerhard Höpp, Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914–1924, Berlin 1997; Margot Kahleyss, Muslime in Brandenburg. Kriegsgefangene im Ersten Weltkrieg, Berlin 1998; Katja Mitze, Das Kriegsgefangenenlager Ingolstadt während des Ersten Weltkriegs, Berlin 2000; Uta Hinz, Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914–1921, Essen 2006.

<sup>11</sup> Die (post)colonial studies entschärften die negative Bewertung des Begriffes „Kolonialismus“ und definierten ihn als gesamteuropäisches kulturelles Phänomen der Neuzeit. Obwohl diese Studien den direkten Zusammenhang zwischen Kolonialerfahrungen und Weltkriegen des 20. Jahrhunderts nicht feststellen, betonen sie jedoch seinen indirekten diskursiven Charakter. Vgl. Wolfgang Reinhardt, Kleine Geschichte des Kolonialismus, Stuttgart 1996; Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, München 1997; Pascal Grosse, Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, 1850–1918, Frankfurt a. M. 2000; Honold/Simons (Hrsg.), Kolonialismus als Kultur; Birthe Kundrus, (Hrsg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt a. M. 2003; Jürgen Zimmerer, Die Geburt des „Ostlandes“ aus dem Geiste des Kolonialismus. Die nationalsozialistische Eroberungs- und Beherrschungspolitik in (post)kolonialer Perspektive, in: Sozial.Geschichte 19 (2004), H.1, S. 10–43; Michael Hochgeschwender, Kolonialkriege als Experimentierstätten des Vernichtungskrieges?, in: Dietrich Beyrau/Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Formen des Krieges: Von der Antike bis zur Gegenwart, Tübingen 2007, S. 269–290.

<sup>12</sup> Zum Wiederaufleben der Völkerschautradition und zu den anthropologischen Untersuchungen in den Kriegsgefangenenlagern der Mittelmächte vgl. Monique Scheer, „Völkerschau“ im Gefangenenlager. Anthropologische Feind-Bilder zwischen popularisierter Wissenschaft

gefangenenlager wurden auch von Linguisten, Anthropologen und Ethnologen besucht<sup>13</sup>, die früher an Kolonialexpeditionen teilgenommen hatten. Die Publikationen, die in Folge erschienen, wurden für die deutsche Kriegspropaganda benutzt; Tenor: Deutschland kämpft (und siegt) gegen die ganze Welt. Doch verbreiteten sie auch traditionelle Kolonialbilder über unkultivierte Afrikaner, Asiaten und Osteuropäer, die „keinen Sinn für deutsche Reinheit“ hätten<sup>14</sup>. Der Kolonialdiskurs prägte auch die Politik des Preußischen Kriegsministeriums (PKMIN), das für die Kriegsgefangenenangelegenheiten zuständig war. Die russischen Kriegsgefangenen wurden zunächst den afrikanischen und asiatischen Kolonialvölkern gleichgestellt. Auf den englischen Vorwurf, dass die Zusammenlegung von englischen und russischen Offizieren dem Völkerrecht nicht entspreche, antwortete die deutsche Seite, wenn England im europäischen Krieg die Kolonialvölker einsetze, müsse es sich nicht wundern, dass seine Offiziere sehr eng mit diesen in Kontakt gebracht würden<sup>15</sup>. Eine gemeinsame Unterbringung der westlichen Kriegsgefangenen mit Russen oder Kolonialvölkern sahen die deutschen Militärs als Vergeltungsmaßnahme oder auch Druckmittel auf die Westmächte<sup>16</sup>. Aber auch die englischen und französischen Reaktionen sind ein Hinweis darauf, dass solche Stereotypen nicht nur in Deutschland verbreitet waren. Wie sehr die Kriegsgefangenenpolitik durch den Kolonialdiskurs beeinflusst wurde, zeigt sich auch an der institutionellen Zusammenarbeit des PKMIN mit dem Berliner Orientseminar sowie an der Finanzierung der Propaganda in den „Ukrainer-Lagern“ seitens kolonialer Gesellschaften.

Häufig bedienten sich die mit der Kriegsgefangenenfrage befassten Behörden der gängigen Rassenrhetorik. Eines der anschaulichsten Beispiele dafür ist der „Bericht über die Kriegsgefangenen in den sächsischen Kriegsgefangenenlagern in Form einer Darstellung nach Staatsform, Volkstum und Rasse“ aus dem Jahr 1918, der von der These ausging, dass „die Rasse bei der Volksgestaltung die al-

---

und Kriegspropaganda 1914–1918, in: Reinhard Johler (Hrsg.), *Zwischen Krieg und Frieden. Die Konstruktion des Feindes*, Tübingen (im Druck).

<sup>13</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 155, PKMIN, 27. 6. 1917; Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 174, PKMIN, 11. 11. 1916, und PKMIN, 3. 6. 1918. Einige Untersuchungen wurden – reich illustriert – veröffentlicht; vgl. Alexander Backhaus, *Die Kriegsgefangenen in Deutschland gegen 250 Wirklichkeitsaufnahmen aus deutschen Gefangenenlagern, Siegen 1915*; Felix von Luschan, *Kriegsgefangene. Ein Beitrag zur Völkerkunde im Weltkriege. Einführung in die Grundzüge der Anthropologie*, Berlin 1917. Die Ergebnisse der Kommission für Sprachforschung wurden schon nach dem Krieg als Teil der Kriegsschulddiskussion publiziert. Vgl. Wilhelm Doegen, *Kriegsgefangene Völker. Der Kriegsgefangenen Haltung und Schicksal in Deutschland*, Berlin 1919.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>15</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1639, PKMIN, 29. 5. 1915. Es ist bemerkenswert, dass die Zusammenlegung verschiedener Nationalitäten in deutschen Kriegsgefangenenlagern, insbesondere die Zusammenlegung von Europäern und Muslimen, auch vom Gesandten der USA kritisiert wurde. Vgl. Richard. B. Speed III, *Prisoners, Diplomats and the Great War: A Study in the Diplomacy and Captivity*, New York 1990, S. 65.

<sup>16</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6905, Generalquartiermeister, 22. 10. 1914.

lerhöchste Rolle spielt“. Die feste Überzeugung von der besonderen Mission der Germanen für das Geschick der osteuropäischen Völker führte den Autor (einen Inspektionsarzt) zu der Schlussfolgerung, dass die Finnen und Letten „heutzutage eben nur eine Rolle als Völker spielen können, weil sie durch die Kulturarbeit ihrer germanischen Herren dazu befähigt worden sind“. Die russischen Kriegsgefangenen wurden von ihm und seinen Kollegen als „nicht unsympathische Sklaven“ betrachtet. Die osteuropäischen Juden bezeichnete er als eine kosmopolitische Rasse, die nur gewinnsüchtige Absichten habe und um jeden Preis nach privilegierter Behandlung strebe<sup>17</sup>. Schon die Tatsache, dass diese Skizze als Bericht der Inspektion von zwei sächsischen Armeekorps zusammengefasst wurde, spricht für den Stellenwert solcher Einstellungen.

Die rassistischen Einstellungen schlugen sich auch in der deutschen Einbürgerungspolitik hinsichtlich russischer Kriegsgefangener nieder. Die ersten Absichten, mit Hilfe der Einbürgerung fleißiger Kriegsgefangener die Verluste des deutschen Reiches zu kompensieren, stießen auf den Widerstand des PKMIN, das wiederum die Reinheit der deutschen Nation sichern wollte. Es bestimmte als notwendige Bedingung für den dauerhaften Verbleib in Deutschland „rein arische Abstammung“, physische und geistige Gesundheit und moralische Zuverlässigkeit<sup>18</sup>. Gesuche von „farbigen Kriegsgefangenen“ sollte man ablehnen, bei den übrigen wurde detailliert nach Schädelform, Augen- und Haarfarbe gefragt<sup>19</sup>. Als aussichtsreiche Kandidaten hatten die deutschen Behörden nur die gefangenen Deutschrussen aus den Wolgagebieten benannt, die von Juden und polnischen Deutschen unterschieden werden sollten<sup>20</sup>.

Die strengeren Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber den russischen Kriegsgefangenen waren nicht nur Ausdruck einer langsam härter werdenden Kriegsführung, hier manifestierten sich auch Kontinuitätslinien im Kolonialdiskurs. Einerseits wollte das PKMIN, das auch Vergeltungsmaßnahmen gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen in Russland befürchtete, die russischen Kriegsgefangenen völkerrechtlich korrekt behandeln. Andererseits bewirkten die Richtlinien aus Berlin gerade das Gegenteil. Die Russen galten als eine „auf niedrigem Entwicklungsniveau stehende Masse“, die einfach eine strengere Kontrolle brauchte<sup>21</sup>. So hielt das PKMIN die Fesselung von ausgebrochenen Kriegsgefangenen für entehrend, wollte aber, dass „darüber bei russischen Kriegsgefangenen hinweggesehen“ wird. Russische Kriegsgefangene galten als „wild“, anspruchs-

<sup>17</sup> Ebenda, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 728, „Bericht über die Kriegsgefangenen in den sächsischen Kriegsgefangenenlagern in Form einer Darstellung nach Staatsform, Volkstum und Rasse“, 1. 8. 1918; vgl. auch Hinz, Gefangen, S. 81.

<sup>18</sup> Vgl. Grosse, Kolonialismus, Eugenik, S. 145–149; Hochgeschwender, Kolonialkriege, in: Beyrau/Hochgeschwender/Langewiesche (Hrsg.), Formen des Krieges, S. 269–290.

<sup>19</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 827, Württembergisches MdI, 19. 10. 1917; BayHStA, St.GKdo I.A.K., Nr. 1986, PKMIN; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6981, PKMIN, 6. 12. 1915, und PKMIN, 28. 11. 1917.

<sup>20</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 727, Tätigkeitsbericht der Inspektion der Kriegsgefangenenlager XII. und XIX. A.K., 1918.

<sup>21</sup> Zum Einfluss der Stereotypen auf Kriegsgefangenenbehandlung vgl. Hinz, Gefangen, S. 84.

und initiativlos, oft auch als wenig intelligent; ihr Verhalten hänge ab – so der Tenor vieler deutscher Berichte – von der Menge ihrer Verpflegung<sup>22</sup>.

Die deutsche Seite war der Ansicht, die nichtrussischen Völker würden von den Großrussen unterdrückt. Da sie zum Kampf an der Front gezwungen würden, könnten sie umworben und dann gegen Russland benutzt werden<sup>23</sup>. Allerdings wurden die Pläne zur Instrumentalisierung der nichtrussischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich durch die Konkurrenz politischer und militärischer Ämter, durch einander widersprechende Pläne zur Kolonialisierung des östlichen Raums und durch Projekte neuer Staatsgründungen sowie durch die Verachtung dieser nationalen Minderheiten konterkariert. So besaßen etwa die deutschen Militärbehörden nur sehr vage Vorstellungen von der osteuropäischen Bevölkerung. Die von der deutschen Seite als selbstständige Nationalitäten angesehenen „Sibirier“ und „Kosaken“ (zu den letzten zählten manche Kommandanten auch die Kirgisen) definierten sich selbst beispielsweise als Russen oder Kleinrussen und bedingten so statistische Verwirrung. Umgekehrt konnte das PKMIN für die plötzlich von Ober Ost (Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte im Osten) entdeckten Weißrussen kein entsprechendes Agitationsprogramm entwickeln<sup>24</sup>.

Auch wurde im Laufe des Krieges die Propaganda in den Kriegsgefangenenlagern maßgeblich durch das Zwangsarbeitssystem beeinträchtigt, dessen Bedeutung für die deutsche Wirtschaft immer wichtiger wurde. Die Pläne, die Kriegsgefangenen jeweils einer Nationalität in einem Stammlager zu sammeln, stießen auf den Protest der Arbeitgeber, die wiederum die schon angelernten Arbeiter nicht verlieren wollten. Die Erklärungen des PKMIN, diese Maßnahmen seien für eine Produktionssteigerung unabdingbar, überzeugten die Wirtschaft nicht<sup>25</sup>. Der Versuch, die Zwangsarbeit effektiver zu gestalten, widersprach letztlich dem gesamten Konzept der privilegierten Behandlung und Propaganda. Arbeitsfähige Kriegsgefangene aus den Propaganda-Lagern wurden nach Nationalitätzugehörigkeit in Arbeitskommandos zusammengefasst und in der Landwirtschaft eingesetzt. Nach den Vorschriften des PKMIN sollte ihre Absonderung von den „Stockrussen“ sehr streng durchgeführt werden<sup>26</sup>. Die Agitations-Lager wurden in Schulen für zukünftige Agitatoren umgewandelt. Nach der intensiven Ausbildung

<sup>22</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 14131, PKMIN, 5.9.1915, Behandlung entwichener und wieder ergriffener Kriegsgefangener; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6994, PKMIN, 4.7.1917; HStA Stuttgart, M 400/3, Bü 5, Kommandantur Ulm, 6.3.1915, und M 72/2, Bü 92, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XIII. A. K., 2.12.1918. Zur Organisation des Offizierslagers ebenda, Q 1/37, Bü 71, Kommandantur Eglosheim, 29.10.1917, Russische Armee; vgl. Josef Peter, Ein deutsches Gefangenenlager. Das große Kriegsgefangenenlager Ingolstadt, in: Süddeutsche Monatshefte 18 (1921), Bd. 2, S. 321–371, hier S. 335 f.

<sup>23</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1633, PKMIN, 21.12.1914.

<sup>24</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Nachrichtendienstoffizier in Berlin an die Kommandanturen, 14.1.1918, (Geheim); HStA Stuttgart, M 400/3, Bü 6, PKMIN, 1.10.1919. Zu den Weißrussen vgl. Liulevicius, Kriegsland, S. 154.

<sup>25</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1669, Bayerisches Kriegsministerium, Juli 1918.

<sup>26</sup> HStA Stuttgart, M 1/7, Bü 20, PKMIN, 1.1.1916, und M 1/8, Bü 222, PKMIN, 1.11.1916; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 30.11.1916. In Bayern, wo es kein Agitationslager für die muslimischen Kriegsgefangene gab, existierten im Januar 1918

im Lager besuchten zuvor geschulte „Lehrer“ ihre Kameraden in den Arbeitskommandos und warben für eine nationale Selbstständigkeit<sup>27</sup>. Den Kriegsgefangenen wurde mitgeteilt, die Unabhängigkeit ihrer Heimat sei sehr eng mit der deutschen Idee verbunden. Um einen eigenen Staat gründen zu können, müssten sie daher zuerst fleißig für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten<sup>28</sup>.

Eine entsprechende Schulung der deutschen Arbeitgeber und Wachmannschaften, die mit den Angehörigen der nationalen Minderheiten zu tun hatten, war Teil dieser Programme. Die Arbeitsbedingungen solcher Kriegsgefangener wurden durch die zwischen Arbeitgeber und Lagerkommandanturen abgeschlossenen Verträge vorgeschrieben: Vorgesehen waren höherer Lohn und bessere Behandlung sowie Beachtung der Religions- und Bildungsbedürfnisse. Die Kriegsgefangenen durften nicht als „Russen“ bezeichnet oder gar beschimpft werden. Die Arbeitgeber wurden auch über die politischen Gründen dieser privilegierten Behandlung informiert<sup>29</sup>.

Privilegiert waren die nationalen Minderheiten im Vergleich zu den ethnischen Russen auch dadurch, dass sie von Vergeltungsmaßnahmen ausgeschlossen blieben<sup>30</sup>. Gerade die Kriegsgefangenen aus den Randgebieten des Zarenreichs galten als mögliche Vermittler deutscher Wirtschaftsinteressen. Um diese nach einem gewonnenen Krieg zu festigen, verteilten die deutschen Behörden im Einvernehmen mit Unternehmerkreisen Bücher über die russisch-deutschen Handelsbeziehungen sowie Kataloge deutscher Firmen<sup>31</sup>. Verfemt war dagegen in den deutschen Schulungsprogrammen jede Wertschätzung von Multiethnizität. Daher wurden alle Informationen, die von außen kamen, streng zensiert. Die sächsische Inspektion hielt etwa die Verteilung von namentlich adressierten „Liebessendungen“ des Moskauer Komitees für Kriegsgefangenenhilfe an sogenannte „Täuflinge“ aus Polen und Kurland für gefährlich, weil eine solche Hilfe zur Dankbarkeit gegenüber Russland führen könne<sup>32</sup>. Verboten war auch die Zusendung amerikanischer und kanadischer Zeitungen, weil man fürchtete, jene könnten damit die kriegsgefangenen Deutschrussen für eine überseeische Emi-

150 rein tatarische Arbeitskommandos. BayHStA, M Kr., Nr. 1690, und Nr. 1650, PKMIN, 25. 4. 1916.

<sup>27</sup> „Ukrainische“ Arbeitskommandos wurden zweimal in der Woche durch die sogenannten „Lehrer“ besucht, die Lesestoff verteilten und Vorträge hielten. BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 545, Lager Rastatt, 18. 7. 1917; vgl. Omeljan Terlezckij, Die Ukrainer in Deutschland 1915–1918. Lager Rastatt, Leipzig 1921, S. 91.

<sup>28</sup> BayHStA, Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 174, PKMIN, 10. 2. 1917.

<sup>29</sup> Ebenda, M Kr., Nr. 1669, Kommandantur Lechfeld, 20. 3. 1918, Bericht über privilegierte Behandlung lettischer, litauischer und estnischer Kriegsgefangenen, und Bericht über privilegierte Behandlung der Deutschrussen.

<sup>30</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 823, PKMIN, 30. 7. 1916; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 25. 9. 1916; HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1425, PKMIN, 12. 12. 1916; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6974, PKMIN, 11. 4. 1918

<sup>31</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1639, MdI, 1. 6. 1915, Nr. 1647, PKMIN, 25. 1. 1916, Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland, und Nr. 1644, PKMIN, 5. 11. 1915.

<sup>32</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6980, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A. K., 17. 8. 1916.

gration gewinnen<sup>33</sup>. Und schließlich suchte die deutsche Seite auch die Kontakte von Kriegsgefangenen mit neutralen Staaten und karitativen Organisationen zu verhindern, da sie zu festen wirtschaftlichen Beziehungen führen könnten<sup>34</sup>.

Da das PKMIN Vergeltungsmaßnahmen gegenüber deutschen Bürgern in Russland befürchtete, wandte es viel Energie auf, um seine separatistische Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen zu verheimlichen. So verbot sie etwa den dänisch-russischen Kommissionen, die die Lager inspizierten, die Existenz solcher „Aufklärungslager“<sup>35</sup> auf den vorgelegten Karten einzuzeichnen<sup>36</sup>. Erst im Mai 1916, als die russische Propaganda unter slawischen Kriegsgefangenen aus Österreich-Ungarn bekannt wurde, bestätigte die deutsche Seite öffentlich ihre nationale Agitation in Kriegsgefangenenlagern<sup>37</sup>.

Dieses Projekt sollte in drei Schritten erfolgen: Rückkehr von deutschen Kolonisten nach Russland, Entfaltung des deutschen ökonomischen und politischen Einflusses auf die zukünftigen osteuropäischen Staaten, Vorbereitung des Eintritts von „Muslimen“ in die türkische Armee und Propaganda für eine deutschfreundliche Stimmung in Russlands asiatischen Gebieten.

### **Die privilegierte Behandlung kriegsgefangener Deutschrussen und die deutschen Repatriierungspläne**

Das Rückwanderungsprojekt scheint eine deutsche Reaktion auf die russische Politik hinsichtlich „feindlicher Ausländer“ gewesen zu sein, deren Ziel war die „Nationalisierung“ ihres Eigentums und die Deportation von Deutschen, Juden und Polen aus den westlichen Provinzen Russlands<sup>38</sup>. Schon im September 1914 wollte das PKMIN die kriegsgefangenen Deutschrussen von den ethnischen Russen absondern und sie privilegiert behandeln, um jene für Deutschland zu gewinnen. Diese Repatriierung der ehemaligen Kolonisten sollte vor allem die eigenen Kriegsverluste kompensieren<sup>39</sup>. Später wurde entschieden, nach der geplanten Vertreibung der russischen Gutsbesitzer aus den von deutschen Armeen besetzten Territorien dort die Deutschrussen anzusiedeln<sup>40</sup>.

<sup>33</sup> Ebenda, Nr.6950, PKMIN, 18.7.1916, Verbreitung der überseeischen Zeitungen in den Kriegsgefangenenlagern.

<sup>34</sup> BayHStA, Stv. Generalkommando des III. bayerischen A.K., Nr.174, PKMIN, 20.6.1915; HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1425, PKMIN, 13.10.1916.

<sup>35</sup> Im dienstlichen Briefwechsel wurden die deutschen Maßnahmen hinsichtlich nicht-russischer Völker aus dem Zarenreich als „Aufklärung“ und die speziell für die nationalen Minderheiten eingerichteten Lager als „Aufklärungslager“ bezeichnet.

<sup>36</sup> BayHStA, M Kr., Nr.1641, PKMIN, 16.9.1915; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr.7081, PKMIN, 14.6.1916

<sup>37</sup> BayHStA, M Kr., Nr.1650, PKMIN, 26.5.1916.

<sup>38</sup> Vgl. Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I*, Cambridge 2003.

<sup>39</sup> Vgl. Auerbach, *Die russischen Kriegsgefangenen*, S.143; Mitze, *Kriegsgefangenenlager*, S.220.

<sup>40</sup> BayHStA, (Stv.) Bayer. Militärbevollmächtigter in Berlin, Nr.35, Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, Nov.1917.

Bis Dezember 1915 erarbeitete das Kriegsministerium ein ausführliches Repatriierungsprogramm, das auch auf die historischen Voraussetzungen Rücksicht nahm. Die privilegierte Behandlung sollte die deutschrussischen Kriegsgefangenen überzeugen, dass Deutschland in ihnen nicht Russen sehe, sondern von russischem Joch befreite Landsleute. Die Kommandanturen und Wachmannschaften durften sie keinesfalls „als Russe bezeichnen oder verspotten“, diese Kriegsgefangenen wurden von körperlicher Arbeit befreit und bevorzugt in den Schreibstuben eingesetzt<sup>41</sup>. Durch solche Maßnahmen wollte man 16 000 freiwillige Kämpfer für die „deutsche Idee“ bekommen. 1917 schätzte das PKMIN bereits, dass ihre Zahl bis Kriegsende auf bis zu zwei Millionen Repatrierte anwachsen könne<sup>42</sup>.

Die privilegierte Behandlung der Deutschrussen wurde in Zusammenarbeit mit einem eigens gewünschten „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer“ organisiert, der die Nationalitätszugehörigkeit der Kriegsgefangenen und ihre Verwandtschaftsverhältnisse sowie ihre Sprach- und Sittenkenntnisse prüfte und schließlich auch deren Interessen am Arbeitsplatz vertrat<sup>43</sup>. In Zusammenarbeit mit dem PKMIN organisierte der Verein die Verteilung von deutsch-russischen Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft – wenn möglich bei Verwandten. Die kriegsgefangenen Deutschrussen wurden nicht bewacht und lediglich durch die örtlichen Polizeiorgane registriert; sie genossen Bewegungsfreiheit, durften zivile Gottesdienste besuchen und Zivilkleidung statt russischer Uniform tragen<sup>44</sup>. Sie bekamen in den Lagern und auf den Arbeitskommandos höheren Lohn als die übrigen Gefangenen. Im Grunde wurden die aus dem Lager zur Arbeit freigestellten Deutschrussen deutschen Arbeitern gleichgestellt<sup>45</sup>. Falls der Arbeitgeber die vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen nicht erfüllen wollte, durfte der Kriegsgefangene seinen Arbeitsplatz wechseln. Auch sollten Kontrolloffiziere Willkür oder Misshandlungen seitens des Arbeitgebers unbedingt verhindern<sup>46</sup>. Wie groß diese Privilegien waren, zeigt sich auch daran, dass deren Verlust und die Gleichstellung mit den russischen Kriegsgefangenen als Strafmaßnahme vorgesehen waren<sup>47</sup>. Sogar als Lehrer in Realschulen sowie als Facharbeiter in kriegswirtschaftlichen Betrieben, insbesondere den chemischen und elektrotechnischen, waren kriegsgefangene Deutschrussen eingesetzt<sup>48</sup>.

Jene Deutschrussen, die vor dem Krieg in Russisch-Polen wohnten, galten als besondere Gruppe. Sie wurden nicht für die Arbeit außerhalb des Lagers eingesetzt, sondern nur innerhalb der Lager meist als Dolmetscher und Schreiber.

<sup>41</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 5, PKMIN, 21. 12. 1915.

<sup>42</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 164, PKMIN, 26. 8. 1917.

<sup>43</sup> HStA Stuttgart, M 400/3, Bü 5, Kommandantur Ulm, 23. 11. 1917.

<sup>44</sup> Ebenda, M 1/6, Bü 5, PKMIN, 21. 12. 1915.

<sup>45</sup> Ebenda, M 17/2, Bü 241, PKMIN, 17. 10. 1916.

<sup>46</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 7072, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A. K., 17. 8. 1918.

<sup>47</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 819, Stv. GKdo des XIII. A. K., 30. 7. 1916.

<sup>48</sup> Ebenda, M 77/1, Bü 851, Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen, 12. 12. 1916, und M 1/8, Bü 223, Kommandantur Ulm, 24. 3. 1917; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 154, PKMIN, 28. 11. 1917.

Obwohl ihnen die Postzensur nicht anvertraut wurde, genossen sie ebenfalls Privilegien – wenn auch innerhalb der Lager. Sie durften Zivilkleidung mit dem Dolmetscherabzeichen tragen, in der Nähe stattfindende Gottesdienste besuchen und bekamen zusätzliche Verpflegung. Je nach Lager wurde ihnen sogar erlaubt, in einer Wachmannschaftsbaracke zu wohnen oder eigene Sparbücher bei deutschen Banken zu eröffnen<sup>49</sup>. Oft konnten die Wachmannschaften den Unterschied zwischen zivilen und gefangenen Dolmetschern dann nicht mehr feststellen: so bekam in einem sächsischen Kriegsgefangenenlager ein kriegsgefangener Dolmetscher deutsch-russischer Herkunft sogar eine Waffe<sup>50</sup>.

Um die Zahl der Repatriierungs-Kandidaten zu steigern, sollten auch deutsch-russische Kriegsgefangene aus österreichischen Lagern in deutsche überführt werden; bis zum Jahr 1917 waren es aber nur 572 Mann<sup>51</sup>. Diese privilegierte Behandlung wurde flankiert von aktiver Propaganda. Zu diesem Zweck besuchten Angestellte des Fürsorgevereins die Arbeitskommandos und führten vertrauliche Gespräche mit den Repatriierungswilligen<sup>52</sup>. Auch wurde die von dem Verein publizierte Zeitung „Heimkehr“ und eine entsprechende propagandistische Literatur verbreitet<sup>53</sup> oder Unterricht im Lesen, Schreiben sowie über Rechtsfragen organisiert. Ferner empfahl des PKMIN, dass die Kriegsgefangenen die deutsche Kultur kennenlernen und sich an den Aktivitäten der entsprechenden Ortsvereine beteiligen sollten<sup>54</sup>. Gleichzeitig wurde die deutsche Bevölkerung über das konfessionelle und kulturelle Leben der ehemaligen Kolonisten sowie über die Ziele der deutschen Repatriierungspolitik aufgeklärt. 1916 wurde zu diesem Zweck die Zeitschrift „Die osteuropäische Zukunft“ gegründet<sup>55</sup>.

Als die generellen Linien der deutschen Besatzungspolitik im Baltikum festgelegt worden waren, wurden die politisch zuverlässigen Deutschbalten aus den Lagern freigelassen und ins Gebiet von Ober Ost geschickt, wo sie in der vom Krieg demolierten Wirtschaft eingesetzt wurden<sup>56</sup>. Es ist bemerkenswert, dass es während des gesamten Krieges keine Bestrebungen gab, die kriegsgefangenen Deutschrussen für den Militärdienst auf deutscher Seite anzuwerben. Die Gründe hierfür waren Furcht vor Spionage und Sabotage, aber auch Rücksichtnahme auf

<sup>49</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 161, Kommandantur Bautzen, 23. 11. 1916, Deutschrussische Dolmetscher; HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 823, PKMIN, 6. 3. 1918.

<sup>50</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 160.

<sup>51</sup> Ebenda, Nr. 165, PKMIN, 24. 12. 1917.

<sup>52</sup> Ebenda, Nr. 152, PKMIN, 15. 5. 1915.

<sup>53</sup> Z.B. „Zwei Millionen Deutsche in Russland: Rettung oder Untergang“, „Russlands Kriegsgesetze gegen die feindlichen Ausländer“, in: SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 11. 10. 1917, und Nr. 164, PKMIN, 22. 5. 1917.

<sup>54</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 5, PKMIN, 21. 12. 1915.

<sup>55</sup> Als Qualitäten der Deutschrussen galten Fleiß, Rassereinheit und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung. Vgl. Deutschrussische Rückwanderung, Berlin 1915; Was sollte jeder Deutsche von unseren deutschen Volksgenossen in Russland wissen? Berlin 1917, in: BayHStA, Stv. GenKdo I. A. K., Nr. 2031.

<sup>56</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1689, Ober Ost, 17. 9. 1917, Nr. 1665, Bayerisches Kriegsministerium, 8. 5. 1918, und Nr. 1696, PKMIN, 7. 9. 1918; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 165, PKMIN, 14. 12. 1917.

das Völkerrecht<sup>57</sup>. Erst nach der Novemberrevolution 1918 verfügte das PKMIN, die Deutschbalten seien beim Grenzschutz Ost einzusetzen<sup>58</sup>.

Die Erfolge des Repatriierungsprogramms lassen sich nicht eindeutig messen. Im Januar 1919 – dem Höhepunkt der geförderten sowie der selbstständigen Heimkehr – berichtete eine Lagerkommandantur, von 808 im Lager registrierten Deutschrussen hätten sich 411 auf eigenes Risiko wieder auf den Weg nach Russland gemacht, 178 seien aus dem Lager geflüchtet, und nur 95 hätten im Lager die Einbürgerungsprozedur abgewartet. Die Mehrzahl dieser Gefangenen wollte zuerst in Russland Eigentumsfragen regeln und danach mit ihren Verwandten nach Deutschland zurückkehren. Häufig kehrten die ehemaligen Kriegsgefangenen auch an ihren Arbeitsplatz bei ihrem deutschen Arbeitgeber zurück<sup>59</sup>.

### **Die Propaganda für die polnischen, ukrainischen und baltischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich**

#### *Polen*

Die Behandlung der kriegsgefangenen Polen in Deutschland hing ganz von der Frage ab, ob und wie künftig mit einer polnischen Nation zu verfahren sei. Viele Kommandanturen wollten die polnischen Gefangenen von den ethnischen Russen trennen und in besonderen Lagern sammeln, um die polnische Deutschfreundlichkeit zu fördern. Ein solcher Schritt, so meinte man, könne die Stimmungen der Bevölkerung in Posen und im Gebiet des späteren Königreichs Polen positiv beeinflussen. Tatsächlich hatten eine ganze Reihe polnischer Kriegsgefangener nicht nur eigene Unterkünfte verlangt, sondern auch ihre Loyalität zu Deutschland unterstrichen und sich streng von ihren übrigen russischen „Landsleuten“ abgesondert<sup>60</sup>. Das PKMIN begründete seine Absage, ein „Aufklärungslager“ für die Polen einzurichten, mit finanziellen Schwierigkeiten. In Ausnahmefällen wurde es den Kommandanturen erlaubt, in Lagern polnische und russische Gefangene voneinander zu trennen, die deutschsprachigen Polen in den Schreibstuben einzusetzen und von schwerer körperlicher Arbeit möglichst zu befreien. Eine generelle Absonderung wurde jedoch nicht verfügt<sup>61</sup>.

<sup>57</sup> BayHStA, Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 174, PKMIN, 17. 2. 1917.

<sup>58</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 823, Württembergisches Kriegsministerium, 11. 10. 1918.

<sup>59</sup> SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 542, PKMIN, 3. 11. 1917, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 727, Tätigkeitsbericht, und 11350, Abwicklungsamt des XII. A. K., Nr. 120, PKMIN, 18. 1. 1919.

<sup>60</sup> In dem Offizierslager Döbeln hatten polnische Kriegsgefangene auf die Teilnahme an der russischen Teegemeinschaft demonstrativ verzichtet. Fast in allen Lagern, wo Kriegsgefangene polnischer Nationalität untergebracht waren, wurden polnische Lagerkomitees organisiert. Vgl. SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 542, PKMIN, 16. 11. 1914, und 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 155, Kommandantur Königsbrück, 1. 10. 1914; HStA Stuttgart, M 1/8, Bü 230, Sanitätsamt des XIII. A. K., 31. 12. 1918.

<sup>61</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6905, PKMIN, 26. 10. 1914, Abgesonderte Unterkunft der Polen in den Kriegsgefangenenlagern, und 11348, Stv. Generalkom-

Nach der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916, das nun als Verbündeter der Mittelmächte fungieren sollte, gerieten die deutschen Militärbehörden freilich in Zugzwang. Bei einem offiziellen Empfang der Warschauer Delegation durch den Reichskanzler verlangten jene, die kriegsgefangenen Polen besser zu behandeln und möglichst schnell aus den Lagern zu befreien. Gleichzeitig hatten ca. 26 000 Kriegsgefangene in Deutschland sich selbst als Polen definiert, und Offiziere hatten den Wunsch geäußert, in die Polnische Legion einzutreten<sup>62</sup>, die auf Seiten der Mittelmächte kämpfen sollte. Darin sahen die meisten den schnellsten Weg aus der Gefangenschaft.

In dieser Situation versuchte das PKMIN, drei widersprüchlichen Zielen gerecht zu werden: Sicherung von Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft, Förderung deutschfreundlicher Stimmungen in den okkupierten polnischen Gebieten und schließlich Aufstellung der Polnischen Legion im Einvernehmen mit dem Generalgouvernement Warschau. Offenbar genoss das erste Ziel Priorität<sup>63</sup>. Zunächst wurden die polnischen Kriegsgefangenen darüber informiert, dass sich an ihrem Status nichts geändert habe. Sie durften ihre Arbeitsplätze nicht verlassen, konnten aber auf Wunsch von den Russen getrennt werden. Das Kriegsministerium zeigte sich auch bereit, Agitationslager für arbeitsunfähige Soldaten und Offiziere einzurichten<sup>64</sup>.

Die privilegierte Behandlung und propagandistische Beeinflussung der kriegsgefangenen Polen wurde sehr vorsichtig und nur punktuell durchgeführt. Die für die Agitationslager vorgesehenen Kriegsgefangenen wurden sorgfältig auf ihre politischen Einstellungen und ihren möglichen Nutzen für das zukünftige Polen geprüft. Vom Transfer in Agitationslager wurden Kriegsgefangene ausgeschlossen, die in Russland Verwandte oder Grundbesitz hatten oder mit Russland sympathisierten. Wenn der Kriegsgefangene nach einer Weile „keinen Fortschritt“ zeigte, musste er in das normale Lager zurückkehren<sup>65</sup>. Diese Form der Selektion führte dazu, dass die Agitationslager nicht vollständig belegt waren und auch nicht effektiv arbeiten konnten.

Die Werbung für eine polnische Legion scheiterte am Widerstand des preussischen Generalstabs, wurde aber dennoch dazu benutzt, um die Arbeitslust zu steigern. Den Freiwilligen sagte man, fleißiges Arbeiten für die Deutschen sei eine

mando, Nr. 155, Kommandantur Königsbrück, 1.10.1914; BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 3.2.1915, Kriegsgefangene Polen, und M Kr., Nr. 1646, PKMIN, 26.1.1916. HStA Stuttgart, M 1/7, Bü 24, Kommandantur Ulm, 28.1.1917.

<sup>63</sup> BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 15.9.1916, Zusammenlegung kriegsgefangener Polen, und M Kr., Nr. 1689, PKMIN, 26.10.1917; HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 823, PKMIN, 18.8.1917, und PKMIN, 24.12.1917, Gegenwärtige Lage kriegsgefangener Polen.

<sup>64</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6971, Kommandantur Bischofswerda, 9.11.1916, und 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 143, PKMIN, 27.12.1916; BayHStA, M Kr., Nr. 1665, PKMIN, 6.7.1918.

<sup>65</sup> BayHStA, St. GKdo I.A.K., Nr. 1986, PKMIN, 20.12.1916, Lage kriegsgefangener Polen, M Kr., Nr. 13436, Kommandantur Rosenberg-Kronach, 1.2.1917, Eintritt in die polnische Armee, und Nr. 1694, Kommandantur Plassenburg, 26.5.1918; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 165, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A. K., 1.1.1918.

wichtige Voraussetzung für einen Eintritt in die Armee. Die aktive Werbung begann aber erst nach dem Waffenstillstand von Brest-Litowsk, denn das Kaiserreich bevorzugte einen polnischen Pufferstaat an der Grenze zu Sowjetrußland<sup>66</sup>.

Diese Politik der begrenzten Privilegien gegenüber den polnischen Kriegsgefangenen galt als ein wichtiges Instrument zur Förderung deutschfreundlicher Stimmungen im „verbündeten“ Polen. Um den Widerspruch zwischen den Versprechungen der Deutschen und ihrer realen Politik in den besetzten Gebieten nicht zu krass ausfallen zu lassen, hatten das PKMIN und das Generalgouvernement Warschau ein Programm für eine vorzeitige Befreiung oder Beurlaubung der Polen aus den Lagern ausgearbeitet. Da aber stets die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund standen, erfasste diese Maßnahme nur die arbeitsunfähigen Kriegsgefangenen. Als notwendige Voraussetzungen galten Grundbesitz, der Besitz industrieller Unternehmen oder familiäre Probleme. Aufgrund eines später mit Österreich abgeschlossenen Abkommens durften Polen aus deutschen Lagern in das Gouvernement Lublin beurlaubt werden<sup>67</sup>. Obwohl deren Zahl sehr niedrig blieb, berichteten die deutschen und polnischen Zeitungen ausführlich über den guten Willen der deutschen Militärbehörden<sup>68</sup>.

Die Propaganda gegenüber den polnischen Kriegsgefangenen folgte denselben Mustern wie im Fall der Deutschrussen. Historische Exkurse, welche den negativen Charakter der russischen Polenpolitik (vor allem die Unterdrückung der polnischen Aufstände und aktuelle Deportationen) betonten, sollten die Kluft zwischen den Polen und Rußland vertiefen. Stattdessen sollten diese Kriegsgefangenen mit der deutschen Sprache und den Vorzügen deutscher Kultur, Recht und Verwaltung vertraut gemacht werden, um auf diese Weise den neu gegründeten polnischen Staat auf die eigene Seite zu ziehen. Als Mittel hierzu dienten die Bibliotheken der Agitationslager, aber auch Kinovorführungen<sup>69</sup>. Das PKMIN zensurierte den Lesestoff für polnische Kriegsgefangene sehr streng und genehmigte nur in Deutschland oder in den okkupierten Gebieten veröffentlichte Literatur. Erst im Mai 1917 hatte es die Entscheidung über eine spezielle Zeitung für polnische Kriegsgefangene getroffen<sup>70</sup>. Sie sollte den Kriegsgefangenen erklären, warum sie ungeachtet der anderslautenden deutschen Proklamationen in Polen

<sup>66</sup> BayHStA, St.GKdo I.A.K., Nr. 1986, PKMIN, 20.12.1916, Lage kriegsgefangener Polen, M Kr., Nr. 13436, Kommandantur Rosenberg-Kronach, 1.2.1917, Eintritt in die polnische Armee, und Nr. 1694, Kommandantur Plassenburg, 26.5.1918; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 165, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A.K., 1.1.1918.

<sup>67</sup> BayHStA, Stv. GenKdo I. A. K., Nr. 2003, PKMIN, 29.7.1916.

<sup>68</sup> Nach Angaben der Inspektion der Kriegsgefangenenlager des XII. und XIX. A.K. wurden nur 37 Kriegsgefangene nach Polen beurlaubt. SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 727, Tätigkeitsbericht, und 11350, Abwicklungsamt des XII. A.K., Nr. 120, PKMIN, 1917; BayHStA, M Kr., Nr. 1687, Generalgouvernement Warschau, 24.4.1917; HStA Stuttgart, J 151, Bü 1674, Militärverwaltung Warschau, 8.1.1916.

<sup>69</sup> HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 819, PKMIN, 8.7.1916.

<sup>70</sup> Ebenda, M 1/8, Bü 222, PKMIN, 20.10.1916; zur polnischen Lagerzeitung SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6950, PKMIN, 20.5.1917, Zeitungen für die polnischen Kriegsgefangenen; BayHStA, M Kr., Nr. 1688, PKMIN, 9.8.1917.

weiter in den deutschen Lagern blieben. Auch polnische Legionäre sollten in diesem Sinne in den Agitationslagern wirken<sup>71</sup>.

Obwohl die deutsche Politik auf eine Herauslösung Polens aus dem Russischen Reich hinarbeitete, konnte sie sich nicht für eine entsprechende Propaganda unter den polnischen Kriegsgefangenen entscheiden. Im Weg stand das eigene Misstrauen gegenüber den Polen, aber auch ökonomische Prioritäten. Diese Inkonsequenz der deutschen Politik, die sich recht gut am Beispiel der polnischen Gefangenen illustrieren lässt, stand wiederum der Genese eines deutschfreundlichen polnischen Staates im Wege.

### *Ukrainer*

Im Februar 1915 plädierte das Auswärtige Amt für eine gesonderte Unterbringung und eine propagandistische Offensive unter den ukrainischen Kriegsgefangenen, zwei Monate später betonte auch das PKMIN die besondere Bedeutung der ukrainischen Frage und ließ zunächst die Mannschaften, später auch die Offiziere in die Agitations-Lager (Rastatt, Wetzlar und Salzwedel) überführen<sup>72</sup>. Die Mittelmächte erhofften sich von einer selbstständigen Ukraine die Unabhängigkeit von Getreidezufuhren aus dem Ausland, Zugang zum Orient und schließlich eine Barriere gegen Russland. „Sollten die Zentralmächte die Schaffung der selbstständigen Ukraine im jetzigen Kriege nicht ermöglichen, so kann [...] die Aufklärungsarbeit an den kriegsgefangenen Ukrainern nicht umsonst sein [...] [da] viele nach dem Kriege in die Heimat zurückkehrenden Ukrainer danach trachten werden, ihr Ideal einer Selbstständigkeit später zu erreichen.“<sup>73</sup> Das war das langfristige Ziel der deutschen Propagandapolitik. Die „Ukraineragitation“ stieß jedoch auf den Widerstand von Arbeitgebern und örtlichen Institutionen, die eine Verzögerung der Erntearbeiten fürchteten<sup>74</sup>.

Ein weiteres Problem ergab sich aus der Frage, wie überhaupt die Nationalität der Kriegsgefangenen zu bestimmen sei. Die meisten verstanden kein Ukrainisch und folgten auch nicht den „ukrainischen“ Sitten. Als einziges Merkmal blieb der Geburtsort, wobei die Kommandanturen stets vor der Gefahr russlandfreundlicher Einstellung warnten<sup>75</sup>.

<sup>71</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 620, Kommandantur Döbeln, 29.7.1915, Briefauszüge.

<sup>72</sup> BayHStA, Stv. GKdo II. b. A.K., Nr. 555, PKMIN, 26.4.1915, und M Kr., Nr. 1635, Bayerisches Kriegsministerium, 16.2.1915; HStA Stuttgart, M 77/2, Bü 33, PKMIN, 13.2.15, und M 1/6, Bü 1495, PKMIN, 24.6.1915.

<sup>73</sup> Zeitungsarchiv des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde, Tübingen, Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbstständigen Ukraine. Geheim, Berlin, 1.12.1915.

<sup>74</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1422, PKMIN, 1.8.1915; BayHStA, Stv. GKdo II. b. A.K., Nr. 555, PKMIN, 10.8.1915, Weitere Zusammenlegung von Ukrainern, und M.Kr., Nr. 1648, PKMIN, 11.3.1916.

<sup>75</sup> Ebenda, M Kr., Nr. 1645, PKMIN, 26.11.1915, Ukrainer in Bayern; HStA Stuttgart, M 77/2, Bü 33, PKMIN, 10.12.1917; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Kommandantur Döbeln, 1917.

Der mit den deutschen und österreichischen Militärbehörden zusammenarbeitende „Bund zur Befreiung der Ukraine“ verbreitete in den Lagern ukrainische Literatur und die Zeitung „Das Ukrainische Wort“. Aufrufe an Ukrainer wurden aber auch im „Russischen Boten“ veröffentlicht. Die Zeitungs- und Broschürenartikel verdammt die russische Politik und Verwaltung und verklärten die Perspektiven, die sich angeblich aus der ukrainischen Geschichte ergaben<sup>76</sup>. Während Deutschland eine ukrainische Staatsbildung fördere, habe Russland in dieser Hinsicht eine negative Rolle gespielt. „Die Ukrainer hätten keinen Anlass, für die Verewigung ihrer russischen Knechtschaft weiter zu bluten“, deshalb müssten sie die Unterstützung Deutschlands und Österreich suchen, die ihren guten Willen mit der privilegierten Behandlung von ukrainischen Kriegsgefangenen demonstriert hätten<sup>77</sup>.

Interessanterweise wurde die Ukrainer-Propaganda vom PKMIN mit den österreichischen Propaganda-Lagern koordiniert. Nach deren Beispiel wurde 1915 in Rastatt der Turnverein „Zaporožskaja syč“ gegründet, der sich später in ein bewaffnetes Bataillon mit eigenen Abzeichen und eigener Uniform verwandelte. Ähnliche Formationen entstanden in anderen ukrainischen Lagern. Ihre Angehörigen wurden später in kleinen bewaffneten und uniformierten Gruppen in die besetzten Gebiete zurückgeschickt<sup>78</sup>, als Beweis dafür, dass die Mittelmächte ihren Plan, eine unabhängige Ukraine zu gründen, ernst nähmen.

Als 1917 tatsächlich ein ukrainischer Staat proklamiert wurde, entstand im Agitationslager Hannover-Münden die ukrainische Gemeinschaft „Gromada“, sie warb für separatistische Ideen und die Mobilisierung der Kriegsgefangenen für die Zentrale Rada, also die revolutionäre ukrainische Regierung. An der Spitze dieser Organisation stand General Zelinskij, der nach dem Frieden an der Ostfront die ukrainischen Kriegsgefangenen zum Eintritt in die ukrainische Armee aufgerufen hatte<sup>79</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war die allgemeine „Empfindlichkeit“ der Ukrainer gegenüber einer Bezeichnung als Russen so gewachsen, dass das PKMIN alle „russischen Agitationslager für die ukrainischen Kriegsgefangenen“ in „Ukrainerlager“ umbenannte. Für deutsche Agitatoren war der neue Staat ein politischer Erfolg der Mittelmächte; sie hätten – so ihre Behauptung – alle Voraussetzungen für die ukrainische Bewegung in den Lagern und in den besetzten Territorien geschaffen<sup>80</sup>.

Im Chaos der Revolution und angesichts des ungeklärten Verhältnisses zu Sowjetrußland betrachtete die ukrainische Seite diese Kriegsgefangenen als Personalreservoir für eine neue Armee. Gemäß einem Abkommen zwischen dem deut-

<sup>76</sup> Vgl. Terlezckij, *Die Ukrainer*, S. 24f.

<sup>77</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1638, „Ukraine und Krieg“, München 1915; SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 163, PKMIN, 2.3.1917, und 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6950, „Vertrauliche Mitteilungen eines Ukrainers an seine Kameraden“.

<sup>78</sup> Vgl. Terlezckij, *Die Ukrainer*, S. 53, S. 70, S. 95 u. S. 107f.

<sup>79</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 562, PKMIN, 18.2.1918, und Nr. 143, PKMIN, 6.3.1918, (Geheim).

<sup>80</sup> Ebenda, Nr. 166, PKMIN, 31.5.1918, Umbenennung des „Russenlagers“ Rastatt in „Ukrainerlager“.

schen Militärkommando und der Zentralen Rada verpflichtete sich Deutschland, baldmöglichst 6000 ukrainische Kriegsgefangene für ein ukrainisches Heer zur Verfügung zu stellen. Im Namen der neuen ukrainischen Regierung wurden sie zur Verteidigung ihrer Heimat gegen die Bolschewiki aufgerufen. Als Erste bewarben sich die „Zaporožskie streki“, die „Zaporožer Schützen“. Die erste Division, zusammengestellt aus 2520 ehemaligen ukrainischen Kriegsgefangenen, wurde am 16. Februar 1918 ins Ober-Ost-Gebiet gesandt. Währenddessen lief bereits die Anwerbung für eine zweite Division, die aus 3780 Soldaten und Offizieren bestand. Letztere wurden öffentlichkeitswirksam persönlich von General Zelinskij ausgewählt<sup>81</sup>. Um das russische und polnische Element in den von Deutschland okkupierten Gebieten nicht noch zu verstärken, wurden allerdings die Söhne polnischer und russischer Grundbesitzer aus diesen Gegenden vom Transfer in die Ukraine ausgenommen, ebenso die orthodoxen Geistlichen<sup>82</sup>, von denen man annahm, dass sie den deutschen Interessen gefährlich werden könnten. Noch im Lager erhielten die kriegsgefangenen Ukrainer neue Uniformen der Division „Zaporožskie streki“. Gleichwohl blieb man in Berlin skeptisch; militärisch galten die neuen ukrainischen Verbände als wenig belastungsfähig, sodass sie aus deutscher Sicht vor allem die Funktion einer „politischen“ Dekoration besaßen<sup>83</sup>.

Die weitere Entwicklung der Ukrainer-Frage hing davon ab, wieweit das Deutsche Reich seinen Einfluss im neuen ukrainischen Staat sichern wollte. Für die ukrainischen Kriegsgefangenen wurden Behandlung und Arbeitsbedingungen erleichtert<sup>84</sup>. Aus politischen Gründen entließ das PKMIN einzelne Personen, etwa den Schwiegervater des ukrainischen Kriegsministers, aus der Kriegsgefangenschaft<sup>85</sup>. Doch blieben die meisten Kriegsgefangenen in den deutschen Lagern. Für die deutsche Wirtschaft waren sie mittlerweile unersetzbar. Die deutschen militärischen Instanzen suchten das mit der Erklärung zu kaschieren, die sofortige Rückkehr in die Ukraine sei wegen des dort herrschenden bolschewistischen Terrors lebensgefährlich.

### *Litauer, Letten, Esten*

Obwohl nicht wenige Deutsche das Baltikum als „die deutschen Ostseeprovinzen Russlands“ oder „älteste Kolonie des deutschen Imperiums“ verstanden<sup>86</sup>, wollten

<sup>81</sup> Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 704/57, Diensttelegramm, PKMIN, 14.2.1918; ebenda, R 704/58, Deutsche Ukraine-Delegation Kiew, 10.6.1918; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, MSg 200/740, „Gromadska dumka“, 20. kvitnja 1918.

<sup>82</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1691, PKMIN, 14.3.1918; HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 915, PKMIN, 23.5.1918 (Geheim); vgl. auch Terlezckij, *Die Ukrainer*, S. 125.

<sup>83</sup> BA Berlin, R 704/57, Bericht des Verbindungsoffiziers des Auswärtigen Amtes über seine Eindrücke von den Neuaufstellungen in der Ukraine, März 1919.

<sup>84</sup> BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 20.2.1918.

<sup>85</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1691, Bayrisches Kriegsministerium, 22.3.1918, und Nr. 1666, Deutsche Delegation in Ukraine, 7.8.1918.

<sup>86</sup> Dmitrij Olejnikow, Von Ritterlichkeit zu Verachtung. Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf das Verhältnis zu den Deutschen, in: Karl Eimermacher/Astrid Volpert (Hrsg.), *Verfüh-*

sich die deutschen Behörden bei der Frage, wie mit den baltischen Kriegsgefangenen zu verfahren sei, lange Zeit nicht festlegen. Grund dafür war, dass das Schicksal dieser Territorien noch ungeklärt war – die deutschen Pläne reichten von einer Eingliederung in Polen über die Gründung von Satellitenstaaten bis zu völliger Annexion an das Deutsche Reich. Die privilegierte Behandlung von Esten, Letten und Litauern in den Lagern beschränkte sich zunächst auf eine gesonderte Unterbringung, Zusammenlegung in eigenen Arbeitskommandos und Lazaretten, Erlaubnis von Korrespondenz in der eigenen Sprache und Steigerung der monatlichen Postsendungen. Soweit Gottesdienste in der Muttersprache nicht möglich waren, wurden sie durch Besuche der nahe liegenden deutschen Kirchen ersetzt. Lange Zeit betrachtete das PKMIN die direkte politische Agitation für diese Gruppe als unerwünscht<sup>87</sup>.

Nach der russischen Februar-Revolution entschieden Oberste Heeresleitung und Auswärtiges Amt, die baltischen Satelliten-Staaten als ein mögliches Gegengewicht zu Russland und Polen aufzubauen. Gleichzeitig begann man mit der Ausarbeitung eines Ansiedlungsprogramms<sup>88</sup>. Seitdem wurden die kriegsgefangenen Balten von deutschen Behörden, besonders Ober Ost, als wichtige Gruppe eingeschätzt, um die deutschen Interessen in den okkupierten Territorien und in den zukünftigen unabhängigen Staaten zu sichern. Die privilegierte Behandlung und eine entsprechende propagandistische Beeinflussung sollten in den Balten das „[...] vorhandene Gefühl für ihre eigene Nationalität erwecken und heben, sie dadurch dem russischen Volke entfremden und ihre Zuneigung zum Deutschen Reiche fördern“. Dies könne den Schutz der Ostgrenze vor einer russischen Bedrohung garantieren und die Entwicklung der Handelsbeziehungen fördern<sup>89</sup>. Daher wurde seit 1917 auch die Agitation unter den baltischen Kriegsgefangenen intensiviert. Das PKMIN und Ober Ost befahlen die Lager mit geeignetem Propagandamaterial zu überschwemmen und den Briefwechsel mit den besetzten Gebieten wiederherzustellen. Gerade die zuletzt genannten Maßnahmen sollten die deutsche Okkupationspolitik im Baltikum in einem anderen Licht erscheinen lassen<sup>90</sup>. Dazu beitragen sollte auch die vorzeitige Heimkehr von kriegsge-

---

rungen der Gewalt: Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, München 2005, S. 179–204, hier S. 197f.

<sup>87</sup> HStA Stuttgart, M 1/8, Bü 226, PKMIN, 11. 2. 1916, (Geheim), Behandlung von litauischen, lettischen und estnischen Kriegsgefangenen; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6994, PKMIN, 22. 10. 1917; BayHStA, M Kr., Nr. 1688, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des II. A. K., 18. 8. 1917.

<sup>88</sup> Vgl. Liulevicius, *Kriegsland*, S. 245f.

<sup>89</sup> SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 562, Kommandantur Lechfeld, Bestimmungen für die Arbeitgeber über die Aufklärung der baltischen Kriegsgefangenen.

<sup>90</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1429, PKMIN, 14. 4. 1918; BayHStA, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 8. 12. 1917, Besprechung im PKMIN über baltische Kriegsgefangene, Nr. 275, Ober Ost, 22. 4. 1918, M Kr., Nr. 1690, PKMIN, 9. 1. 1918, Nr. 1691, PKMIN, 20. 3. 1918, und Nr. 1695, PKMIN, 23. 9. 1918, Lesestoff für die baltischen Kriegsgefangenen; SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6950, PKMIN, 21. 3. 1918, Zeitung für die estnischen Kriegsgefangenen, und 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 150, PKMIN, 10. 10. 1918, Korrespondenz kriegsgefangener Esten, Litauer und Letten.

fangenen Gutsbesitzern, deren politische Zuverlässigkeit klar schien. Nach der Oktober-Revolution begann in den Kriegsgefangenenlagern die systematische militärische Rekrutierung für die sogenannte Awaloff-Armee. Unter der späteren Bezeichnung „Westrussische Armee“ sollte sie zusammen mit dem Freikorps des Generals von der Goltz kämpfen, um die deutsche Ostgrenze gegen die bolschewistische Bedrohung zu sichern.

### **Die Behandlung von kriegsgefangenen „Tataren“ und Georgiern: von der Anwerbung für die türkische Armee bis zur Idee der ökonomischen Kolonisierung**

Einen besonderen Stellenwert für die Mittelmächte hatten die muslimischen Kriegsgefangenen aus dem Zarenreich. Zusammen mit den muslimischen Kriegsgefangenen der französischen und der englischen Armee sollten sie nach einer entsprechenden militärischen und ideologischen Schulung in die türkische Armee eintreten. Dies entsprach der Bündnispolitik der Mittelmächte wie auch dem Dschihad-Aufruf des türkischen Sultans vom November 1914<sup>91</sup>. Schon im Februar 1915 befahl das PKMIN zusammen mit dem Auswärtigen Amt, zwei Agitationslager in der Nähe von Berlin einzurichten, in die dann alle muslimischen Kriegsgefangenen überführt wurden. Dort wurden sie nochmals intensiv ideologisch und militärisch geschult, zum Teil auch außerhalb des Lagers<sup>92</sup>.

Obwohl das Auswärtige Amt schon am 17. Oktober 1915 der türkischen Botschaft mitgeteilt hatte, es stehe ein ganzes Bataillon tatarischer Dschihadisten zur Verfügung, gelang ihm erst im darauf folgenden Frühjahr der Transfer von 1100 Freiwilligen. Doch schon bald begann das Projekt zu stagnieren<sup>93</sup>. Ein Problem war das Verhalten der türkischen Seite. So beklagten die in die Türkei abgeschobenen Tataren die mangelhafte Betreuung durch ihre neuen Landsleute und äußerten den Wunsch, künftig unter deutscher Führung zu kämpfen<sup>94</sup>. Auf Begeisterung stieß der Vorschlag der türkischen Regierung, die tatarischen Muslime in der Türkei anzusiedeln und dabei entsprechend zu fördern<sup>95</sup>. Im April/Mai 1916 belief sich die Zahl dieser Freiwilligen auf 9000, und schon am 18. Juli reisten die ersten 50 Siedler in die Türkei<sup>96</sup>.

Die Propaganda in den muslimischen Lagern sollte auch für Deutschland werben. Die Muslime wurden nicht als Gefangene bezeichnet, sondern als Gäste des deutschen Kaisers, der als Freund des Sultans dargestellt wurde. Der Unterricht in den Lagerschulen konzentrierte sich auf Geschichte, politische Geographie

<sup>91</sup> Vgl. Höpp, *Muslime in der Mark*, S. 20.

<sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 82. Laut Nachtigal, *Kriegsgefangenschaft an der Ostfront*, S. 36, stellten die deutschen Militärorgane die Muslime aus dem Zarenreich auf eine niedrigere Stufe als die aus den französischen und englischen Kolonien.

<sup>93</sup> Höpp, *Muslime in der Mark*, S. 81 u. S. 83. Bihl, *Kaukasus-Politik*, Teil II, S. 30, macht niedrigere Angaben über die kriegsgefangenen Tataren, die in die Türkei gekommen sind.

<sup>94</sup> Ebenda, Teil II, S. 84.

<sup>95</sup> *SächsHStA*, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 159

<sup>96</sup> Vgl. Höpp, *Muslime in der Mark*, S. 86.

und Taktik. Mit Hilfe von illustrierten Vorträgen und Kinoveranstaltungen präsentierte man den Kriegsgefangenen die Vorzüge der deutschen Kultur. Selbst Exkursionen nach Berlin gab es, die erste schon im September 1915<sup>97</sup>. Ein besonderes Augenmerk richtete man auf die Religionsfreiheit. Nur die Kriegsgefangenen in den Arbeitskommandos, wo wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen, unterlagen einigen Beschränkungen. Ihnen wurde beispielsweise erklärt, dass ihre Arbeit für das Kaiserreich, das die Zukunft der türkischen Völker sichern werde, auch während der religiösen Feste notwendig sei<sup>98</sup>.

Im März 1915 begann in den muslimischen Lagern die Verteilung der Propagandazeitung „Dschihad“, die in 3000 Exemplaren auf Tatarisch und in 500 Exemplaren auf Russisch veröffentlicht wurde<sup>99</sup>. Sie thematisierte separatistische Ideen sowie die künftigen Beziehungen von Tataren und Deutschen, freilich stets unter dem Primat der deutschen kulturellen Überlegenheit. Die Popularität der Zeitung ließ ihre deutschen Autoren zu dem Schluss kommen, die Tataren seien für die Propaganda ansprechbarer als die Araber. Schon im Sommer 1915 hatten eine Reihe von Tataren den Wunsch geäußert, die deutsche Wirtschaft und Administration kennenzulernen, um nach dem Krieg dann ganz in Deutschland bleiben zu können<sup>100</sup>.

Das zögerliche Verhalten der türkische Armee und später der Waffenstillstand mit Russland mussten für die deutsche Seite die Frage aufwerfen, wie weit ihre Pläne mit den muslimischen Kriegsgefangenen künftig noch sinnvoll seien<sup>101</sup>. Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt entschied das PKMIN, die abgesonderte Unterbringung und die Propaganda fortzusetzen, um die brachliegenden Handelsbeziehungen der Mittelmächte mit den Ländern im Nahen Osten möglichst rasch wiederherzustellen<sup>102</sup>. Die Arbeitgeber und Wachmannschaften wurden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, welche Bedeutung diese privilegierte Behandlung habe. Beschimpfungen und Misshandlungen waren streng verboten, die Kriegsgefangenen wurden von der Arbeit während der religiösen Feste befreit und durften ihre Glaubensgenossen in anderen Arbeitskommandos besuchen. Die muslimischen Kriegsgefangenen sollten – so war es geplant – in Zukunft auf jede russische Vermittlungshilfe verzichten und mit Deutschland direkte wirtschaftliche und politische Kontakte knüpfen<sup>103</sup>.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk plante die deutsche Seite, die tatarische „Dschihad“ in eine Propagandazeitung für die muslimischen Gebiete Russlands umzuwandeln, um die deutschen ökonomischen Interessen dort sichern zu können. Außerdem wurde im Weinberglager (bei Zossen in der Mark Brandenburg)

<sup>97</sup> Höpp, *Muslime in der Mark*, S. 73 u. S. 55.

<sup>98</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1687, PKMIN, 12. 7. 1917, Nr. 1666, PKMIN, 30. 8. 1918, Nr. 1702, Kommandantur Weinberglager, 25. 8. 1919, und Nr. 1705, Direktion Weinberglager, 4. 8. 1920.

<sup>99</sup> Zur Auflage der Kriegsgefangenenzeitungen in den muslimischen Lagern vgl. Höpp, *Muslime in der Mark*, S. 102; Kahlelyss, *Muslime in Brandenburg*, S. 19.

<sup>100</sup> Vgl. Höpp, *Muslime in der Mark*, S. 108, S. 78 u. S. 145.

<sup>101</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1667, Inspektion der Kriegsgefangenenlager des I. A. K., 7. 11. 1918.

<sup>102</sup> HStA Stuttgart, M 1/6, Bü 1428, PKMIN, 24. 12. 1917.

<sup>103</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1694, PKMIN, 31. 7. 1918.

der Bund muslimischer Studenten gegründet, der das Ziel hatte, möglichst viele turkmenische und tatarische Studenten in Deutschland auszubilden, die später die deutsche Kultur und Organisation auf tatarischen Territorien propagieren sollten<sup>104</sup>.

### Georgier

Parallel zu seiner „Tatarenpolitik“ versuchte das PKMIN auch mit einer privilegierten Behandlung der georgischen Kriegsgefangenen zu beginnen. Neben dem vagen Plan, mit diesen Kriegsgefangenen einen Aufstand im Kaukasus vorzubereiten<sup>105</sup>, zielte deren propagandistische Erfassung ebenfalls auf die Ausdehnung der deutschen Handelsbeziehungen. Daher wurden im Weinberglager und später in Sagan georgische Offiziere sowie arbeitsunfähige Unteroffiziere und Soldaten konzentriert. Die in den Arbeitskommandos eingesetzten Kriegsgefangenen, deren Zusammenlegung den wirtschaftlichen Interessen widersprach, sollten durch Flugblätter, Veranstaltungen sowie durch die Zeitung „Kartuli Gazeti“ beeinflusst werden, die vom Georgischen Komitee in Berlin publiziert und durch die Politische Sektion des Generalstabs und das Auswärtige Amt zensiert wurde. Den georgischen Emigranten wurde erlaubt, sich frei mit den Kriegsgefangenen zu unterhalten. Auch bei diesen Beeinflussungsversuchen spielten das Angebot der Religionsfreiheit und des Sprachunterrichts eine besondere Rolle<sup>106</sup>. Nach dem Waffenstillstand von Brest-Litowsk sah die deutsche Seite, die ihren Einfluss im Kaukasus zu sichern suchte, in den georgischen Kriegsgefangenen eine Trumpfkarte bei ihren Verhandlungen mit der unabhängigen georgischen Regierung.

### Juden

Infolge von Gesuchen jüdischer Organisationen in Deutschland hatte das PKMIN in den Lagern einige Erleichterungen für jüdische Kriegsgefangene eingeführt. Sie wurden von allen Arbeiten an jüdischen Feiertagen befreit, hatten die Möglichkeit, sich mit den örtlichen Rabbis auszutauschen und koscheres Essen zu bekommen<sup>107</sup>. In den Lagern wurden auch Bücher über jüdische Geschichte und

<sup>104</sup> Höpp, *Muslimen in der Mark*, S. 107 u. S. 143.

<sup>105</sup> Bihl verweist auf den Eintritt einer kleineren Zahl georgischer Soldaten und Offiziere in die „Georgische Legion“, die in Trapezunt stationiert war. Vgl. Bihl, *Kaukasuspolitik*, Teil I, S. 75. In ihrer Monographie erwähnt Moritz als Hauptprotagonisten Harald Kosack, der vor dem Krieg in einer deutschen Schule in Taschkent unterrichtete, sowie den georgischen Nationalisten Keresseldidze, einer der Köpfe der separatistischen Agitation in Sagan. Vgl. Verena Moritz, *Zwischen Nutzen und Bedrohung. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich-Ungarn (1914–1921)*, Bonn 2005, S. 132.

<sup>106</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 155, Sächsisches Kriegsministerium, 9. 7. 1915; BayHStA, M Kr., Nr. 1638, PKMIN, 7. 5. 1915, Nr. 1644, PKMIN, 14. 10. 1915, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, PKMIN, 24. 12. 1917, und Stv. Generalkommando des III. bayerischen A. K., Nr. 177, PKMIN, 20. 12. 1917.

<sup>107</sup> Vgl. Gudrun Bauer u. a., *Unfreiwillig in Brandenburg. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der Stadt Brandenburg in zwei Weltkriegen*, Berlin 2004, S. 18.

Religion verteilt<sup>108</sup>. Persönliche Privilegien genossen jüdische Dolmetscher, die in den Lagerschreibstuben dienten.

### **Kollaboration, Gegenpropaganda und nationale Konflikte in den Lagern**

Von Anfang an versuchte die deutsche Militärführung bei den „rassischen“ Kriegsgefangenen ein Verständnis für ihre ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit zu fördern. In den zahlreichen Fragebögen stand die Frage nach der nationalen, nicht aber nach der in Russland üblichen konfessionellen Zugehörigkeit im Vordergrund sowie die Auseinandersetzung zwischen den russischen und nicht-russischen Völkern<sup>109</sup>. Obwohl die meisten Kriegsgefangenen den deutschen Behörden und ihrer Agitation mit Skepsis begegneten – manche Kriegsgefangenen verzichteten sogar auf die Zuwendungen des Roten Kreuzes, da sie in diesen deutsche Bestechungsversuche sahen<sup>110</sup> –, begann die deutsche Propaganda doch allmählich zu wirken. Von jenen Kriegsgefangenen, die im Zentrum der deutschen Beeinflussung standen, begannen immer mehr sich von den Russen abzusetzen. Ausdruck dafür war etwa die Errichtung von nationalen Komitees in den Lagern, die um die Hilfen aus Russland stritten, sich der Leitung des russischen Komitees jedoch prinzipiell nicht unterstellen wollten<sup>111</sup>.

Zur Wende in der Agitationspolitik kam es nach der Februar-Revolution 1917, die die Hoffnung der nichtrussischen Kriegsgefangenen auf eine freie Entwicklung von Sprache und Kultur, auf Autonomie oder gar auf einen unabhängigen Staat schlagartig zu bestätigen schien. Als die Nachricht über die Abdankung des Zaren in die Lager kam, widerrief die gesamte Besatzung des Weinberglagers den Eid auf das alte Regime<sup>112</sup>. Offen bekannten sich Kriegsgefangene zu nationalistischen Positionen. Offiziere in den gemischten Lagern, die früher solche Einstellungen noch verborgen hatten, verlangten plötzlich die Überführung in ein Aufklärungslager<sup>113</sup>.

Der Erfolg der deutschen Propaganda hing stark davon ab, ob es den Lagerkommandanturen gelang, das Misstrauen der Kriegsgefangenen zu überwinden. Die wichtigsten Ansprechpartner für die deutsche Seite wurden daher jene Kriegsgefangene, die sich schon bei ihrer Ankunft im Lager in einem separatistischen Sinne geäußert und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden signalisiert hatten. Aus diesen wurden sogenannte „Lehrer“ ausgewählt, die in den Lagerschulen unterrichteten, politische Vorträge hielten sowie Lagerselbstverwaltungen leiteten. Bewährten sie sich, so wurden sie mit der

<sup>108</sup> Vgl. Maurer, „Sehr wichtig sind Bücher von der jüdischen Geschichte“, S. 261.

<sup>109</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 157, Generalstab, Dezember 1914.

<sup>110</sup> Vgl. Terletzckij, Die Ukrainer, S. 65 f.

<sup>111</sup> Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federazii (künftig: GARF), f. 6169, op. 1, d. 172, l. 10.

<sup>112</sup> Vgl. Höpp, Muslime in der Mark, S. 90.

<sup>113</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1687, Kommandantur Ingolstadt, 5. 5. 1917; vgl. auch Mitze, Kriegsgefangenenlager, S. 337.

Erlaubnis, zivile Kleidung zu tragen, und mit der Befreiung von körperlicher Arbeit belohnt<sup>114</sup>.

Das Interesse der Kriegsgefangenen, sich an diesen Angeboten zu beteiligen, speiste sich wiederum aus ihrem Wunsch nach der politischen Unabhängigkeit ihrer Nationen, aber auch an der Verbesserung der eigenen Lage. So suchten etwa ukrainische Offiziere, die die Nationalbewegung fördern wollten, die deutsche Alphabetisierungskampagne zu beeinflussen, um auch jene Gruppe propagandistisch zu erreichen<sup>115</sup>. Auch turkmenische Nationalisten boten offen ihre Hilfe bei der Gründung eines unabhängigen turkmenischen Staates und der Befriedung der Ostfront an<sup>116</sup>.

Die Rhetorik, die die Kriegsgefangenen dabei verwendeten, ist ein Beleg dafür, wie sehr sie „von oben“ dekretierte Deutungsmuster übernahmen. So erwähnten Deutschrussen ihre von den Russen ermordeten Verwandten oder rekurrierten immer wieder auf ihre Erfahrung, als gebürtige Deutsche zwangsweise in russische Uniformen gesteckt und als „unzuverlässige Elemente“ an die Kaukasus-Front geschickt worden zu sein<sup>117</sup>. Die ukrainischen Kriegsgefangenen erklärten in ihren Gesuchen den Unterschied im Nationalcharakter von Russen und Ukrainern und betonten die Notwendigkeit, eine unabhängige Ukraine zu gründen, auch damit, dass das Deutsche Reich von Russland bedroht sei<sup>118</sup>. Die Balten kritisierten die Russifizierungspolitik und bestätigten den deutschen Nachrichtenoffizieren, dass für die baltischen Länder im zurückgebliebenen Zarenreich in der Zukunft kein angemessener Platz mehr vorhanden sei<sup>119</sup>. Mehr als andere nationale Gruppen nahmen die Polen die von oben vorgegebenen Codes wahr. Sie unterstrichen häufig ihr Leiden unter der russischen Willkür sowie ihren Unwillen, gegen die Mittelmächte zu kämpfen<sup>120</sup>. Sie verzichteten auch demonstrativ auf die Teilnahme an den Feiern zum Zarengeburtstag, obwohl er zum Feiertag für alle russischen Kriegsgefangenen erklärt worden war<sup>121</sup>. Dagegen leisteten die Georgier den stärksten Widerstand gegen die deutsche Propaganda. Sogar jene Offiziere, die deutsche Frauen geheiratet hatten und die deutsche Kultur offensichtlich bevorzugten, betonten ihre Zugehörigkeit zum russischen Offizierskorps

<sup>114</sup> HStA Stuttgart, M 77/2, Bü 33, PKMIN, 10.12.1917, Anhang: Bericht über Betrieb und Erfolg der Aufklärungsarbeit.

<sup>115</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1646, PKMIN, 29.1.1916.

<sup>116</sup> Ebenda, Nr. 1644, Kommandantur Würzburg, und Nr. 1645, Bayerisches Kriegsministerium, 14.11.1915.

<sup>117</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 7071, Deutschrussische Kriegsgefangene an den Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, 1918.

<sup>118</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1638, PKMIN, 7.5.1915.

<sup>119</sup> SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 642, Kommandantur Döbeln, 12.3.1918, Russische Kriegsgefangene über den Frieden in Brest-Litowsk.

<sup>120</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1687, Polnische Kriegsgefangene an die Kriegsverwaltung Warschau, 4.2.1917; SächsHStA, 11352, Stv. Generalkommando, Nr. 642, Kommandantur Döbeln, 12.3.1918, Russische Kriegsgefangene über den Frieden in Brest-Litowsk.

<sup>121</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 159, Kommandantur Königsbrück, 23.2.1916.

und bedrohten die Propagandisten<sup>122</sup>. Die russenfreundliche Einstellung teilten auch die einfachen Soldaten, die sogar nach Erklärung der georgischen Unabhängigkeit den russischen Kameraden Treue schworen und den Notleidenden Geld überwiesen<sup>123</sup>.

Immer wieder versuchten Kriegsgefangene die deutsche Privilegienpolitik für persönliche Interessen zu nutzen. Als der Transfer der Tataren ins Lager bei Zossen angekündigt wurde, gaben sich 150 Soldaten in Soltau als Muslime aus, obwohl nur 25 von ihnen dieses Kriterium erfüllten<sup>124</sup>. Die von deutschen Gerichten verurteilten Kriegsgefangenen aus den besetzten Territorien versuchten, ihre Nationalitätszugehörigkeit für eine Revision ihrer Strafen zu nutzen<sup>125</sup>. Und nach dem Frieden mit der Ukraine erklärten sich viele Russen zu Ukrainern, da in den Lagern Gerüchte über deren baldige Freilassung zirkulierten<sup>126</sup>.

Ein großes Hindernis für die deutsche Agitation war die Gegenpropaganda der russisch gesinnten Kriegsgefangenen<sup>127</sup>. In den gemischten Lagern, wo die nicht-russischen Nationalitäten in von Russen abgesonderten Baracken untergebracht wurden, interessierten sich russische Offiziere für die propagandistische Literatur, um sich an ihr dialektisch zu schulen. Die Gegenpropagandisten führten Namenslisten, beschlagnahmten Literatur, schikanierten die Separatisten und behaupteten, diese seien zum Eintritt in die deutsche Armee gezwungen worden<sup>128</sup>. Es kam immer wieder vor, dass Angehörige nationaler Minderheiten um ihr Leben und um das Schicksal ihrer Verwandten in Russland fürchteten. So musste General Zelinskij, in dem die deutsche Seite einen künftigen Führer der nationalen ukrainischen Bewegung sah, bis zur Revolution in Russland seine separatistischen Einstellungen sogar in Gesprächen mit seinen Vertrauensleuten verbergen<sup>129</sup>. Aus dem muslimischen Weinberglager musste die Kommandantur 150 Kriegsgefangene abschieben, da diese verdächtigt wurden, antideutsche Stimmungen zu verbreiten<sup>130</sup>.

Die privilegierte Behandlung durch die Deutschen verschärfte die nationalen Konflikte und führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. So wurden Deutschrussen, Balten, Polen und Juden, die in den Schreibstuben arbeiteten, von anderen Kriegsgefangenen als Spione und Verräter betrachtet. Sie wurden

<sup>122</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Kommandantur Döbeln, 1917.

<sup>123</sup> GARF, f. 9488, op. 1, d. 36, l. 233–234.

<sup>124</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1691, PKMIN, 28. 2. 1918, Gesuche von muslimischen Kriegsgefangenen; vgl. Klaus Otte, Lager Soltau. Das Kriegsgefangenen- und Internierungslager des Ersten Weltkriegs (1914–1921). Geschichte und Geschichten, Soltau 1999, S. 122.

<sup>125</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 14156, Bayrisches Kriegsministerium, 27. 4. 1918, und Nr. 1666, Kommandantur Plassenburg, 6. 9. 1918.

<sup>126</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6995, PKMIN, 23. 5. 1918.

<sup>127</sup> Zur Gegenpropaganda in den russischen Kriegsgefangenenlagern siehe Nachtigal, Russland, S. 230.

<sup>128</sup> SächsHStA, 11248, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6996, Kommandantur Döbeln, 1917.

<sup>129</sup> Ebenda, Sächsisches Kriegsministerium, Nr. 6970, Kommandantur Bischofswerda, 9. 2. 1916.

<sup>130</sup> Vgl. Bihl, Kaukasus-Politik, Teil I, S. 98 u. S. 100; Höpp, Muslime in der Mark, S. 77.

boykottiert, schikaniert und misshandelt<sup>131</sup>. Die Deutschrussen, Balten und Polen strebten, wie deutsche Behörden vermerkten, ihrerseits danach, sich an ihren ehemaligen Landsleuten zu rächen, indem sie die Gesuche von Russen in einer Weise übersetzten, dass die deutschen Wachmannschaften sie als Beleidigung wahrnahmen und entsprechend darauf reagierten<sup>132</sup>. Die Auseinandersetzung zwischen Russen und Ukrainern führte sogar zu blutigen Schlachten<sup>133</sup>, denen die deutsche Seite mit Erstaunen, ja fast hilflos gegenüberstand<sup>134</sup>.

Diese breite Palette an Reaktionen unter den Kriegsgefangenen spricht nicht gerade für den Erfolg der deutschen Propaganda. Sie ist aber ein Hinweis auf die starke Politisierung der Kriegsgefangenen und auf ihre künftige Rolle im „europäischen Bürgerkrieg“. So wurden beispielsweise polnische Kriegsgefangene frühzeitig in die von Deutschland okkupierten Territorien entlassen, wo sie feierlich begrüßt wurden und diesen Auftritt nutzten, für den Aufbau einer polnischen Armee und eines unabhängigen polnischen Staates zu werben. Die führenden Offiziere aus den Ukrainer-Lagern (vor allem die Generäle Zelinskij und Tscherbatschew) hatten sich freiwillig für die Armee von Hetman Skoropadskij verpflichtet. Sie pflegten aktiven Kontakt zur deutschen Militärführung in der Ukraine. So gesehen wurden die Erfahrungen, die viele Kriegsgefangene aus dem Zarenreich in den deutschen Lagern gemacht hatten, zur Voraussetzung einer Politisierung, aus der sich noch viele Folgen ergeben sollten. Einem Fragebogen der 1920 nach Ufa repatriierten Baschkiren lässt sich entnehmen, dass sie in der Kriegsgefangenschaft alphabetisiert worden waren und (teilweise) sogar die deutsche Sprache beherrschten. Manche hatten sich auch vom wirtschaftlichen Leben in Deutschland anregen lassen und planten, ein Geschäft nach deutschem Vorbild zu führen.

Auch auf Seiten der sowjetischen Regierung registrierte man die besonderen Erfahrungen der Kriegsgefangenen in Deutschland sehr aufmerksam. Sie musste die nationalistische Propaganda als Bedrohung empfinden, aber auch als einen Ansatzpunkt, um die Repatriierten für ihre eigenen Ziele zu gewinnen.

<sup>131</sup> SächsHStA, 11348, Stv. Generalkommando, Nr. 158, Gesuch der russischen Kriegsgefangenen, 28. 8. 1918, und Nr. 160, Kommandantur Bautzen, 26. 4. 1916; BayHStA, M Kr., Nr. 1641, PKMIN, 13. 8. 1915, Nr. 1694, Kommandantur Hirschberg, 29. 5. 1918, Nr. 1651, Kommandantur Hirschberg, 6. 4. 1916, Stv. GKdo II. b. A. K., Nr. 555, Bayerisches Kriegsministerium, 7. 2. 1917, und Russische Kriegsgefangene über ihre Eindrücke in Deutschland, herausgegeben von der Schriftleitung des „Russischen Boten“, Berlin 1917. S. 24; HStA Stuttgart, M 77/1, Bü 907, Kommandantur Ulm, 16. 11. 1918.

<sup>132</sup> BayHStA, M Kr., Nr. 1642, PKMIN, 29. 7. 1915, Misshandlungen russischer Kriegsgefangener.

<sup>133</sup> GARE, f. 9488, op. 1, d. 38, l. 7, 11, und f. R-7494, op. 1, d. 3, l. 172; BayHStA, M Kr., Nr. 1702, Stv. GKdo der I. und II. A. K., 19. 9. 1919, und Nr. 1703, Heeresabwicklungsamt des III. A. K., 24. 12. 1919.

<sup>134</sup> Bihl, Kaukasus-Politik, Teil I, S. 101.

## Schlussbetrachtung

Während des Ersten Weltkriegs entwickelte sich die deutsche Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in den Kriegsgefangenenlagern zu einem Spielfeld, auf dem sehr widersprüchliche Interessen aufeinander prallten. Ziel der deutschen separatistischen Propaganda war die Schwächung des Russischen Reiches und im Gegenzug die langfristige Sicherung des deutschen Einflusses im osteuropäischen Raum in der Zeit nach dem Krieg. Im Grunde widersprachen sich die deutschen Pläne, in den Randgebieten Russlands einerseits einen modernen Nationalismus zu fördern, und andererseits, eben diese Gebiete zu kolonisieren. Die osteuropäischen Völker blieben in der deutschen Wahrnehmung letzten Endes Helotenvölker. Für die deutsche Seite waren sie keine vollwertigen Partner. Schon deshalb war die deutsche Nationalitätenpolitik unter den Kriegsgefangenen aus dem Russischen Reich zum Scheitern verurteilt.

Im Vergleich zur deutschen Besatzungs- und Kriegsgefangenenpolitik in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs zeigen sich schließlich einige aufschlussreiche Parallelen, aber noch mehr Unterschiede. Zieles Hitlers Plan vom „Lebensraum im Osten“ auf die totale Unterjochung, Vertreibung oder Vernichtung der in der Sowjetunion lebenden Menschen, so ließen die deutschen Planungen des Ersten Weltkriegs, in denen sich teilweise ebenfalls ein deutsches Kolonialreich „im Osten“ abzeichnete, den dort ansässigen Ethnien erheblich mehr Spielraum. Schon allein die Tatsache, dass man sich auf deutscher Seite nie definitiv dafür entscheiden konnte, ob es sich bei den geplanten Nationalstaatsgründungen um reine deutsche Kolonien oder doch um einigermaßen souveräne, wenn auch an Deutschland assoziierte Staaten handeln würde, zeigt, dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland während der Jahre 1914 bis 1918 ganz anders dachten und agierten als jene in den Jahren 1939 bis 1945. Und auch sonst scheinen die Unterschiede größer als die Kontinuitätslinien. Die mörderische deutsche Besatzungs- und Kriegsgefangenenpolitik der Jahre 1941/42 war zunächst rein parasitär und destruktiv<sup>135</sup>. Die Millionen Opfer unter den sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen sind dafür ein beklemmender Beleg.

Das sich schon sehr früh abzeichnende Scheitern dieser Politik wie überhaupt des „Unternehmens Barbarossa“ brachte freilich einen Teil der deutschen Entscheidungsträger dazu, ihre „Ostpolitik“ neu zu überdenken. Interessanterweise fanden sich gerade in der militärischen Führung eine ganze Reihe von Protagonisten, die sich nun an die deutsche Nationalitätenpolitik des Ersten Weltkriegs erinnerten und diese – wenn auch unter veränderten Vorzeichen – zu reanimie-

<sup>135</sup> Vgl. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, 1941–1945*, Stuttgart 1978, S. 238; Hans Umbreit, *Deutsche Herrschaft in der Sowjetunion, in: Erinnerung an einen Krieg* (Katalog Museum Berlin-Karlshorst), Berlin 1994, S. 28–35; Christian Hartmann, *Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“*. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: *VfZ* 49 (2001), S. 97–158.

ren suchten. Doch war dieses Konzept schon im Ersten Weltkrieg gescheitert, weil es den Verantwortlichen nie gelang, ihre divergierenden Interessen abzustimmen und für die „neuen“ Nationen politisch wirklich akzeptable Lösungen zu entwickeln. Erst recht musste das für die Situation des Zweiten Weltkriegs gelten. In einem totalitären „Führerstaat“, zu dessen zentralen Zielen der rassenideologische Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gehörte, hatten alternative politische Entwürfe von Anfang an kaum eine Chance.